

Alexander Dill

# Täuschwirtschaft

Wie die Wirtschaft sich selbst und uns alle betrügt

FinanzBuch Verlag

© des Titels »Täuschwirtschaft« (ISBN 978-3-89879-572-2)  
2010 by FinanzBuch Verlag GmbH, München  
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

# TEIL I: DER TÄGLICHE BETRUG GLEICH UM DIE ECKE – ASYMMETRISCHE INFORMATION IN DER ALLTAGSÖKONOMIE

## I.1 1600 Prozent Rendite pro Jahr – mit Überziehungszinsen für Arbeitslose

Wir stellen uns folgende Werbung vor:

Investieren Sie jetzt nach der Finanzkrise in eine todsichere Geldanlage mit 1600 Prozent Jahresrendite. Sie halten das für unmöglich? Dann rufen Sie uns an unter 01805-77 77 77 und lassen Sie sich unsere Staatsgarantien zeigen.

Wahrscheinlich würden wir lächelnd abwinken. Haben wir von diesem Schrott in den letzten Jahrzehnten nicht genug gehört?

In Zeiten billigen Geldes, also niedriger Zinssätze der Zentralbanken, werden Sparer nicht mit hohen Renditen verwöhnt. In der Regel müssen sie sich mit 1,5 bis 2 Prozent Zinsen begnügen. Dafür aber – so locken die Geldverleiher – würden sie auch keine Risiken tragen. Die Ökonomen nicken dazu beifällig. »Hohes Risiko, hoher Zins«, erklären sie uns. Niedriges Risiko, niedriger Zins. Die meisten Sparer sind mit dieser Erklärung zufrieden, ja, sie haben das Gefühl nach der Finanzkrise durch ihre niedrige Rendite zu einer besonders altruistischen Moral beizutragen, indem sie *ihre Gier* im Zaum halten. Niedrige Rendite ist heute ein regelrechtes Adelsprädikat geworden, das man gegenüber Freunden und Familien gerne trägt. Natürlich sendet man mit dem Bekenntnis zu niedriger Rendite auch eine zweite, unmissverständliche Botschaft: Ich habe es nicht nötig,

große Risiken einzugehen. Ich bin auf meine Rendite für meinen Lebensunterhalt nicht angewiesen.

Im sogenannten Interbankenverkehr leihen derzeit die Zentralbanken den Geschäftsbanken Geld für 0,125 Prozent Jahreszins in den USA und 1 Prozent Jahreszins in Europa. Die Begründung für diese historisch niedrigen Zinssätze ist die, dass dadurch die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen und Konsumenten gefördert werden solle. Diese würden mit diesem Geld Ausgaben und Investitionen tätigen, die wiederum die Arbeitslosigkeit senken und das Steueraufkommen erhöhen würden, wodurch der Staat zusätzliche Einnahmen bekäme, die er dann zur Wirtschaftsförderung ... wir halten an dieser Stelle inne. Fachleute nennen diesen Glauben Keynesianismus, benannt nach dem britischen Mathematiker John Meynard Keynes (1883–1946).

Nun könnte man zugunsten der Keynesianer, zu denen eigentlich alle schuldenmachenden Regierungen zählen, anführen, dass in der Tat Unternehmen und Privatleute möglicherweise Kredite in zweistelliger Milliardenhöhe aufnehmen würden, wenn diese mit 1 oder 2 Prozent Zinsen und ohne Sicherheiten verliehen würden. Der von Keynes errechnete Effekt würde möglicherweise sogar eintreten. Allein, es werden zwar Kredite angeboten, deren Zinssatz bewegt sich – wenn es nicht um den Kauf von Immobilien geht – jedoch zwischen 6,5 Prozent und 18 Prozent pro Jahr. Wenn, wie bei vielen Konsumentenkrediten üblich, der Kreditnehmer dazu auch noch eine Restschuldversicherung aufnehmen muss, kann der effektive Jahreszins nach Berechnungen der Zeitschrift Finanztest auch durchaus 24,5 Prozent erreichen.

Weiterhin müssen wir uns vergegenwärtigen, dass die Banken nicht gezwungen werden, sich zu 1 Prozent Zins Geld von der Zentralbank zu leihen. Es handelt sich um ein Angebot, nicht um mehr. Zweitens können Banken auch nicht dazu verpflichtet werden, Kredite mit einem Aufschlag von nur 300 Prozent statt mit einem Aufschlag von 1600 Prozent an die Kunden weiterzugeben. Das würde nämlich heißen, dass sie zum Verlustmachen verurteilt werden, was den hehren Idealen der Marktwirtschaft zutiefst widerspricht. In anderen Wirtschaftsbereichen unserer Ge-

sellschaft, insbesondere im Handel, liegt die sogenannte Handelsspanne im Handel von Produkten bei 20 bis 425 Prozent. Bei dem Verkauf eines Neuwagens sind 20 Prozent bereits eine sehr gute Handelsspanne. Bei Milch und Käse kann man dank staatlicher Subventionen 40 Prozent aufschlagen, bei Fleisch und Wein 60 Prozent, bei Kaugummi 100 bis 300 Prozent, bei Mineralwasser gerne auch 300 bis 425 Prozent. Kleidung wird mit einer Spanne von 100 bis 200 Prozent weiterverkauft.

Wie aber lässt sich eine Handelsspanne von 1600 Prozent erzielen und dies auch noch völlig ohne Vorratshaltung, weil die Banken nur so viel Geld von der Zentralbank anfordern, wie sie mit dieser Spanne weiterverleihen können? Und fällt dieser Handel, der ja durch den Staat überhaupt erst ermöglicht wird, nicht unter § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches, ist also in jeder Hinsicht Wucher?

Das Letztere würde voraussetzen, dass sich der Kreditnehmer in einer Notlage befindet, die der Wucherer ausnützt. Wer aber wird dazu gezwungen, Kredite aufzunehmen, wenn man doch durch den Bezug von Arbeitslosengeld II bzw. Hartz IV die Mindestkosten des Lebensunterhaltes vom Staat bezahlt bekommt?

Die Antwort ist wie immer in den spitzfindigen Argumentationen des organisierten Betrugs in der Wirtschaft anders als vermutet. Fast alle Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger haben nämlich Schulden aus der Zeit vor dem Bezug des ALG II. Wenn sie nicht Privatinsolvenz beantragt haben, müssen sie Zins und Tilgung für diese Kredite auch dann weiterbezahlen, wenn sie ALG II beziehen. Natürlich wissen das die Arbeitsagenturen und sie haben auf diese Tatsache auch eine rechtliche Antwort: Zinsen und Tilgung werden nicht vom ALG II bezahlt. Das heißt: Solange ein ALG-II-Empfänger nicht Privatinsolvenz beantragt hat, muss er von dem bereits sehr niedrigen Hilfesatz auch noch Zins und Tilgung für seine Kredite bezahlen. Das ist eigentlich unmöglich und kann nur dadurch geschehen, dass er – obwohl das strafbar ist und zum Entzug der Leistung führen kann – weitere Einnahmen gegenüber dem Amt verschweigt. Die Arbeitsagentur zwingt also Millionen ALG-II-Empfänger zum Leistungsbetrug, insbesondere bei der Vermeidung der sogenannten Bedarfsgemeinschaft, also

der Verrechnung mit Einkommen und Vermögen von Lebenspartnern, die noch über nicht verpfändete Einnahmen verfügen.

Doch lassen wir die Theorie. Ich habe mir die Situation einer ALG-Empfängerin im bayerischen Landkreis Freising näher angesehen. Sie hat aus besseren Zeiten noch einen Überziehungsrahmen von 3500 Euro bei der staatseigenen Postbank. Auf ihrem Kontoauszug steht dieser Betrag, obwohl es dazu aber keinen Kreditvertrag gibt. Zum Zeitpunkt meiner Untersuchung bezahlte sie für ihre *geduldete* Überziehung einen Zinssatz von 18,2 Prozent. Daraufhin ging ich zur Bank und versuchte, für sie einen Vertrag zu bekommen. Wenn sie ihren Kredit in einen Ratenkredit verwandeln würde, betrüge der Zinssatz nur noch 9,5 Prozent. Dafür aber, so die Bank, müsse sie ein Monatseinkommen von mindestens 2000 Euro nachweisen. Zum Glück für die Bank ist dies völlig unmöglich. Damit die ALG-Empfängerin nun nicht über das Limit hinausgeht, muss sie ihr ALG pünktlich bekommen – genau das geschieht aber nicht. Einst wurde Sozialhilfe auf Wunsch bar ausbezahlt. Damit konnten die Bedürftigen pünktlich ihre Miete, ihren Strom und ihr Telefon bezahlen. Nun wird das Geld überwiesen – in diesem Fall 21 Tage nachdem es benötigt wurde. 21 Tage, in denen das Geld – sofern es überhaupt einen geduldeten Überziehungsrahmen gibt – zu 18,2 Prozent geliehen werden muss. Natürlich weigern sich die Arbeitsagenturen, diese Kapitalkosten zu bezahlen. Während alle Arten von Mahngebühren rechtens sind und dafür sorgen, dass Kleinrechnungen von 30 Euro schnell auf 120 Euro steigen und der Gläubiger für diese Kosten sofort einen rechtsgültigen Titel erhält, müssen ALG-Empfänger wochen-, oft monatelang auf ihr Geld warten. Diese zu späte Überweisung ist letztlich eine Art Arbeitslosensonderabgabe für Banken, ein Solidaritätsbeitrag der wirtschaftlich Schwächsten zur Gewährleistung einer Kapitalrendite von 1600 Prozent und mehr.

Im Jahre 2009 wurden rund 17 Milliarden Euro von der Arbeitsagentur als Arbeitslosengeld ausgezahlt (Presseinfo Bundesagentur 014/2009). Die Zahlung mit durchschnittlich 14 Tagen Verspätung würde bei einem Durchschnittszins von 15 Prozent den Banken alleine von der doch überschaubaren Kundengruppe der 3,6 Millionen Arbeitslosen eine Zinseinnahme von 1,25 Milliarden Euro bescheren – und dies bei Kapitalkosten

von maximal 2 Prozent! Aber das ist noch nicht alles, denn die Arbeitslosen müssen von ihrem ALG ihre Kreditzinsen auf Kosten der Mittel für den täglichen Bedarf abzwacken. Faktisch bedeutet die verspätete Zahlung bereits eine Kürzung des ALG um 7,5 Prozent. Durch Zins, Tilgung und Mahngebühren verkürzt das ALG sich um weitere 20 Prozent. Nach dieser Gesamtkürzung von 27,5 Prozent werden dann die Arbeitslosen mit dem verbleibenden Minibudget in die Supermärkte geschickt, wo sie durch die Zahlung von weiteren 19 Prozent Mehrwertsteuer, u. a. auf Babynahrung und Mineralwasser – Tiernahrung wird mit einem Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent subventioniert –, dazu beitragen, ihr Land auf Wachstumskurs zu halten.

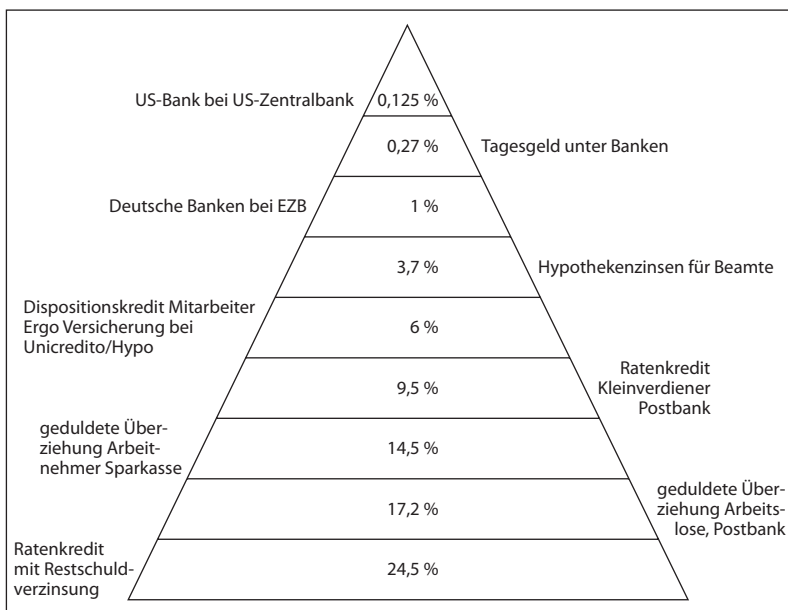
Durch die Garantien, die die Bundesregierung im Namen des deutschen Steuerzahlers im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes an deutsche Banken vergeben hat, hat sie Beteiligungen an der Commerzbank und der Dresdner Bank, über die Postbank auch an der Deutschen Bank erhalten. Da die Sparkassen ebenfalls deutschen Kommunen und Ländern gehören, verdient deshalb der deutsche Staat am Zinswucher mit Arbeitslosen kräftig mit. Sobald diese Arbeit haben, geht es aber erst richtig los: Dann sollen über die Filialen der Geschäftsbanken Riester-Renten abgeschlossen werden, die wiederum das Geld der fleißig Sparenden besonders mündelsicher anlegen, in Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland nämlich, mit denen die Bankenhilfe finanziert wurde.

Im Grunde sind das alles Sondersteuern für Klein- und Kleinstverdiener, denn weder benötigen Gutverdiener eine Riester-Rente, noch gelten für sie die Zinssätze für Arbeitslose. Als Gutverdiener kann man derzeit seinen Dispositionskredit für 6,5 Prozent Jahreszins bekommen, wenn man ihn über das Geschäftskonto laufen lässt.

Dass die Banken, die mit Staatsbeteiligung und unter dem Schutz des strengen deutschen Rechtsstaates 1600 Prozent Handelsspanne auf ihre Kredite aufschlagen können, dennoch keine fantastischen Gewinne ausweisen, ist nicht den vielen Kreditausfällen bei den Kleinverdienern zuzuschreiben. Spekulationen mit Währungen und US-Immobilien, Bürgschaften für marode Großbetriebe, an deren Erhaltung politisches

Interesse besteht, sowie der Zwang, mit 3 Prozent doch eher niedrig verzinsten deutschen Staatsanleihen zu kaufen, die der deutsche Staat im Schnitt täglich in Höhe von 1 Milliarde Euro auf den Markt bringen muss, um nicht den Staatsbankrott anzumelden, sorgen dafür, dass die Traumrendite im großen Topf der Klientel verschwindet, deren Arbeitsplätze daraufhin als sicher bezeichnet werden dürfen.

Wir dürfen nun einmal auf eine Grafik blicken, die wir die Zinspyramide nennen möchten und die uns zeigt, dass die Zinsen um beachtliche 19600 Prozent voneinander abweichen – genau so viel bezahlt ein deutscher Niedrigverdiener mehr für seinen Ratenkredit mit Restschuldversicherung als die großen US-Banken bei der ihnen selbst gehörenden US-Zentralbank.



### Die Zinspyramide – Kreditzinsen

Die doch noch wesentlich staatseigene Postbank konnte laut ihrer Bilanz trotz rückläufiger Kundenzahlen ausgerechnet in der aktuellen Niedrigzinsphase zwischen 2007 und 2009 ihren Umsatz mit Kontokorrentkredi-

ten von 1,81 Milliarden Euro im Jahre 2007 auf 2,44 Milliarden Euro im September 2009 steigern – ein Wachstum von 34,8 Prozent! Damit sind überhöhte Kredite für Kleinstverdiener mitten in der Finanzkrise ein boomender Wachstumsmarkt.

Natürlich ist dieser Erfolg nur möglich, wenn 1.) der deutsche Staat Wucherzinsen nicht für rechtswidrig erklärt, wenn 2.) der deutsche Steuerzahler das Kapital zu einem symbolischen Zinssatz von 1 Prozent an die Bank vergibt und wenn 3.) dafür Sorge getragen wird, dass die Kleinstverdiener ihre Schulden nie tilgen können.

Alle drei Punkte können bei der gegenwärtigen Regierung und Opposition als gesichert gelten. Die am Anfang dieses Artikels zitierte Fantasiewerbung war also keineswegs irreführend oder unrealistisch. Wir können ihr nur aus einem Grund nicht folgen: Weil es in Deutschland fast völlig unmöglich ist, selbst eine Bank zu gründen und damit an diesem Geschäft teilzunehmen. Schließlich reicht es doch, wenn die Bürger selbst Dispositionskredite aufnehmen und damit aktiv zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen.

## **1.2 Kein Täter, kein Delikt – Warum Betrug nicht strafbar ist**

Jedes Strafrechtssystem geht bisher davon aus, dass es einen physisch fassbaren Menschen gibt, der höchstpersönlich eine Straftat begeht. Zwar wird dann noch beurteilt, ob er die Tat vorsätzlich oder nur fahrlässig begangen hat, aber das Personenprinzip bleibt beibehalten. So ist beispielsweise zu erklären, warum in den Nürnberger Prozessen nicht das deutsche Volk, die NSDAP, die Wehrmacht oder die Gestapo vor Gericht standen, sondern ausschließlich Einzelpersonen. Als der Völkermord von Srebrenica vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag geriet, musste ein einziger Mann, der Ex-Präsident Slobodan Milosevic, für diese Taten haften.

Im deutschen Strafgesetzbuch wird in § 263 bereits im ersten Absatz sehr präzise festgestellt, was als Betrug zu bezeichnen ist: